

Dr. Dierk Hirschel
Bereichsleiter Wirtschaftspolitik
Verdi-Bundesvorstandsverwaltung
Berlin

Gute Arbeit, Sichere Rente, Soziales Europa

Rede zum ersten Mai 2013 in Saarbrücken

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der erste Mai ist der Tag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Weltweit versammeln wir uns, um für unsere Rechte und Ziele einzutreten.

Der erste Mai hat große Tradition. Vor über 120 Jahren gingen in Berlin, Hamburg und Dresden Hunderttausende auf die Straße, um für den 8 Stundentag zu demonstrieren.

Der erste Mai erinnert uns aber auch an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Morgen, am 2. Mai 1933, also vor 80 Jahren, haben SA und SS-Kommandos die Gewerkschaftshäuser gestürmt und besetzt.

Die freien Gewerkschaften wurden zerschlagen. Tausende Kolleginnen und Kollegen wurden verhaftet, gefoltert und ermordet.

Deswegen ist es für uns unerträglich, wenn Politik, Justiz und Verwaltung es nicht verhindern, dass Neonazis am ersten Mai aufmarschieren können.

Geduldete Naziaufmärsche sind kein Gebot der Demokratie, sondern ein politischer Skandal!

Demokratie verträgt keine Ungleichheit. Auch das lehrt uns die Geschichte. Arbeitslosigkeit, Armut und Angst hindern Menschen daran, ihre demokratischen Rechte und Freiheiten wahrzunehmen und ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Oder in den Worten von Rosa Luxemburg:

„Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung“

Die soziale Frage ist aktueller denn je. In keinem Industriestaat nahm die Kluft zwischen Arm und Reich so stark zu wie in Deutschland. Unser Land ist gespalten.

Die großen Verlierer sind die Beschäftigten, Rentner und Arbeitslosen. Obwohl der Kuchen immer größer wurde, haben viele Arbeitnehmer heute weniger Geld in der Tasche als zur Jahrtausendwende.

Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm. Jeder Vierte arbeitet heute für weniger als neun Euro die Stunde. 1,4 Millionen schufteten für einen Hungerlohn von unter fünf Euro - die Mehrheit davon sind Frauen.

In den Großstädten brauchen immer mehr Menschen einen Zweitjob, um die explodierenden Mieten zu bezahlen.

Arbeit schützt nicht mehr vor Armut. Das gilt auch für die Rente. Wer als Durchschnittsverdiener weniger als 37 Jahre gearbeitet hat, muss in diesem reichen Land zum Sozialamt.

Und wer keine Arbeit hat, stürzt nach einem Jahr in den Hartz IV-Armutskeller. Jeder Siebte ist heute von Armut bedroht - darunter drei Millionen Kinder.

Mehr Ungleichheit bringt nicht nur Verlierer hervor. Manager, Banker und Vermögende feierten eine große Party.

Die Gewinn- und Vermögenseinkommen stiegen im letzten Jahrzehnt um mehr als die Hälfte. Die Managergehälter schossen durch die Decke. VW-Chef Winterkorn kassierte fast 15 Millionen Euro. Deutschbanker Jain begnügte sich mit fünf Millionen Euro. Das sind mickrige 2500 Euro die Stunde.

Für das Gehalt des VW-Chefs muss ein KFZ-Mechaniker 500 Jahre malochen – vom deutschen Bauernkrieg bis heute.

Für das Jahresgehalt des obersten Deutschbankers arbeitet eine Krankenschwester 170 Jahre.

Die Geldspeicher sind so voll wie nie zuvor. Das Nettovermögen wiegt stolze neun Billionen Euro. Statistisch sind das 100.000 Euro für jeden von Euch.

Wenn ihr heute Abend euren Kontoauszug prüft und Schweißausbrüche bekommt, weil ihr die viele Kohle nicht findet, dann kann ich Euch beruhigen.

Das Geld ist immer noch da. Ihr habt es weder verloren, noch in der Kneipe verprasst. Das Geld ist nur in anderen Händen.

Das reichste Promille – 70.000 Menschen - besitzt ein Viertel des gesamten Vermögens. Das reichste Zehntel hat mehr als zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung – damit seid ihr gemeint - hat hingegen fast gar nichts.

Die Tresore der Albrechts, Quandts und Ottos platzen aus allen Schweißnähten. Die 100 reichsten Deutschen besitzen über 300 Milliarden Euro.

Die gelben Schutzengel der Hochfinanz und der Reichen – die FDP - wollen uns weismachen, dass wer reich ist, auch viel geleistet hat. Wenn aber Theorie auf Praxis trifft, haben wirtschaftlicher Erfolg und eigene Leistung wenig miteinander zu tun.

Wer sich in diesem Land anstrengt, bleibt immer häufiger arm. Altenpfleger, Busfahrer und Fachverkäuferinnen malochen über 50 Stunden die Woche und haben am Monatsende weniger als 1 500 Euro auf dem Konto. Ihre Leistung wird nicht angemessen entlohnt.

Armutslöhne sind auch keine Brücke in eine bessere Arbeitswelt. Nur jeder achte arbeitende Arme bekommt später einen existenzsichernden Job. Einmal Hungerlohn, immer Hungerlohn.

Selbst Bildung schützt nicht vor Hungerlöhnen. Vier von fünf Billigjobbern haben Ausbildung oder Abitur. Was nicht heißt, dass wir kein Bildungsproblem haben. Der Bildungserfolg hängt bei uns vom Geldbeutel der Eltern ab.

Auch für viele Reiche gilt kein Leistungsprinzip. Wer ernsthaft behauptet, Spitzeneinkommen hätten etwas mit höherer Qualifikation, längeren Arbeitszeiten oder größerer

Verantwortung zu tun, der beleidigt Millionen hart arbeitender Arbeitnehmer.

Wenn Leistung angemessen entlohnt werden würde, dann müsste eine Krankenschwester mehr verdienen als alle Investmentbanker dieser Welt zusammen.

Wer reich ist, hat häufig Andere für sich arbeiten lassen oder einfach nur Glück gehabt. Oder er hat auf Kosten der Allgemeinheit gewirtschaftet.

Wer einmal reich ist, wird immer reicher. Zins- und Mieteinnahmen, Dividenden, steigende Immobilienpreise mehren das Vermögen der Reichen im Schlaf. BMW-Erbin Susanne Klatten, hat jeden Morgen, wenn der Wecker klingelt, zwei Millionen mehr auf ihrem Konto.

Auch wer erbt, macht keinen Finger krumm. Jährlich werden 260 Milliarden Euro vererbt. Immer nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Sechs der zehn reichsten Deutschen sind von Beruf Sohn oder Tochter.

Wir leben in einer Gesellschaft in der Viele immer mehr leisten müssen, damit Wenige sich immer mehr leisten können. Der Fleißige ist der Dumme.

Früher gab es einen Fahrstuhl mit dem Alle nach Oben fahren konnten. „Wohlstand für Alle“ forderte Ludwig Erhard. Heute gibt es nur noch einen Paternoster. Die Einen fahren immer nach Oben und die Anderen immer nach Unten.

Der Kapitalismus war schon immer sozial blind. Demokratische Politik muss Arbeit, Kapital und Boden vernünftig regulieren. Erst dann wird Leistung entlohnt. Erst dann trägt wirtschaftlicher Erfolg zum Allgemeinwohl bei.

Dass das auch in Zeiten der Globalisierung und entfesselter Kapitalmärkte gut funktioniert, zeigen uns die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten.

Nicht jedoch in Deutschland. Die Regierungen Schröder und Merkel haben Arbeit entwertet, den Armutskeller und das Casino geöffnet und den privaten Reichtum gepflegt.

Durch unsichere Arbeit und weniger Sozialschutz wurden die Beschäftigten erpressbar. Wem nach Kündigung schon bald Hartz IV droht, der arbeitet auch für weniger Lohn. Wer befristet ist, fordert kein Urlaubsgeld.

So wird gewerkschaftliche Verhandlungsmacht empfindlich geschwächt. Leiharbeit, Minijobs, Befristungen, Werksverträge und Hartz IV drücken die Löhne. Die Tariffucht der Arbeitgeber erledigt den Rest. Was wir heute verhandeln, kommt bei immer weniger Beschäftigten an. Nur jeden zweiten Arbeitnehmer schützt noch ein Tarifvertrag.

Da klingt das Berliner Loblied auf die Tarifautonomie wie blanker Hohn. Erst wurde der Sozialstaat abgebaut und der Einfluss der Gewerkschaften geschwächt. Jetzt sagt man uns: Für die Löhne seid ihr zuständig, nicht der Staat. Zynischer geht es nicht.

Trotzdem streiten wir weiter dafür, dass diejenigen, die die Werte schaffen, auch ihren gerechten Anteil bekommen.

Wir haben für über fünf Millionen Beschäftigte

Branchenmindestlöhne durchgesetzt – zuletzt für Friseure.

Unsere Metall Kollegen konnten die Leiharbeit tarifpolitisch

zähmen. Verdi kämpft bei Amazon und den kirchlichen

Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeitnehmerrechte.

Aktuell streiten unsere Metall-, Lufthansa-, Versicherungs- und

Einzelhandel-Kolleginnen für ein kräftiges Lohnplus. Ihr könnt in

diesen Auseinandersetzungen auf die tatkräftige Unterstützung

und Solidarität der Gewerkschaftsfamilie zählen. Wir wünschen

Euch großen Erfolg.

Allein kriegen wir das Ruder aber nicht herumgerissen. Für

mehr soziale Gerechtigkeit, brauchen wir eine andere Politik.

Unsere Kanzlerin sieht aber keinen Grund umzulenken.

Schließlich ist ihre Regierung doch die beste Regierung seit der

Wiedervereinigung.

Die Zahlen scheinen ihr Recht zu geben. Es gibt so viele Beschäftigte wie noch nie. Die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordtief. Rainer Brüderle sieht uns auf der Schnellstraße zur Vollbeschäftigung.

Doch Vorsicht! Lügen mit Zahlen ist ein beliebtes Gesellschaftsspiel. Ein-Euro-Jobber, Arbeitslose über 58 Jahre, Kollegen in Eingliederungsmaßnahmen und Arbeitslose ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld tauchen im Nürnberger Zahlenwerk nicht auf. In Wirklichkeit sind über vier Millionen Menschen arbeitslos. Arbeit für Alle ist weit und breit nicht in Sicht.

Die Beschäftigtenzahl steigt, weil Arbeit zu prekären Bedingungen umverteilt wird. Wenn Unternehmer eine Vollzeitstelle in drei Minijobs zerlegen, freuen sich die Statistiker. Tatsächlich wird heute nicht mehr gearbeitet als von 20 Jahren.

Den Rest des Jobwunders verdanken wir einem stink normalen Aufschwung. Kräftiges Wachstum schafft neue Jobs. Das war schon immer so. Politik, Wirtschaft und Medien erzählen trotzdem weiter das Märchen vom Agenda-Aufschwung.

Was Liberale und Christsoziale, aber leider auch einige rot-grüne Politiker bis heute nicht verstanden haben, ist, dass eine zeitliche Reihenfolge nicht bedeutet, dass das Eine das Andere verursacht hat.

Das angebliche Jobwunder hat sehr viel damit zu tun, dass Chinesen und US-Amerikaner mehr deutsche Produkte kauften, aber sehr wenig mit der so genannten Reformpolitik.

Eine Politik, die nach der Maxime handelt, „Sozial ist was Arbeit schafft“, schafft keine Jobs, sondern spaltet die Gesellschaft. Heute ist die Not so groß, dass selbst Frau Merkel für den Mindestlohn ist.

Doch Vorsicht! Merkels Lohnuntergrenzen sind eine Mogelpackung. Da steht zwar Mindestlohn drauf. Drin sind aber Hungerlöhne.

Lohnuntergrenzen soll es nur in Branchen geben, die keine Tarifverträge haben. Dort suchen sich dann die Unternehmer so genannte christliche Gewerkschaften, die mit Ihnen Verträge für 3,50 Euro machen. Mit Merkels Lohnuntergrenze bekommt der Friseur in Erfurt vier Euro und der Lagerhelfer in Saarlouis fünf Euro die Stunde.

Unsere Vorstellung von einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sieht anders aus.

- Wir wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.
- Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit (Leiharbeit)
- Wir wollen SV-Pflicht für Minijobs ab dem ersten Euro.
- Wir wollen keine sachgrundlosen Befristungen mehr

- Und wir wollen wieder eine stärkere
Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Die soziale Absicherung der großen Lebensrisiken war einmal eine große Errungenschaft unseres Sozialstaats. Das ist heute Geschichte.

Die Berliner Politik hat die gesetzliche Rente schwer beschädigt. Erst wurde die gesetzliche Rente von den Löhnen entkoppelt. Dann wurde die Rente mit 67 eingeführt.

Nur jeder Vierte über 60 hat heute eine sozial versicherte Arbeit. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen schafft es nur jeder Zehnte ins Rentenalter. Bei Stahlkochern und Autobauern sieht es nicht besser aus. Für diese Beschäftigten ist die Rente mit 67 eine brutale Rentenkürzung.

Gesetzliche Kürzungen und arbeitsmarktbedingte Abschläge lassen die Rente zukünftig um ein Drittel schrumpfen. Das zerstört die Akzeptanz der gesetzlichen Rente.

Doch damit nicht genug. Die Teilprivatisierung der Rente füllte die Kassen der privaten Versicherungswirtschaft und produzierte neue Ungerechtigkeiten. Heute finanziert die Verkäuferin mit ihren Steuern die Riester-Rente ihres Filialleiters.

Der kürzlich viel zu früh verstorbene große sozialdemokratische Sozialpolitiker Ottmar Schreiner hat über diese Rentenpolitik, wie folgt geurteilt:

„Das deutsche Rentensystem ist höchst ungerecht, es setzt zukünftig in steigendem Maße vor allen Geringverdiener, Arbeitslose, Leistungs- und Erwerbsgeminderte einer Altersarmut aus, die zu beseitigen sich diese Republik einst als eines der wichtigsten Ziele auf die Fahnen geschrieben hat“

Wer, wie Merkel und von der Leyen, rentenpolitisch nicht umsteuert, schickt Millionen in die Altersarmut.

Mit einer solchen asozialen Politik werden wir keinen Frieden machen. – Niemals!

Wir brauchen endlich eine Rentenpolitik, die vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert.

- deswegen weg mit der Rente mit 67
- die Rente muss wieder an die Löhne gekoppelt werden
- wir wollen eine Rente nach Mindesteinkommen
- wir wollen eine solidarische Erwerbstätigenversicherung

Aus Sicht von Merkel, Schäuble und Rössler können wir uns mehr Sozialstaat nicht leisten. Wir brauchen aber mehr Sozialstaat. Nicht nur wegen der Rente.

Unsere Kitas, Schulen und Universitäten sind chronisch unterfinanziert. In den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fehlen zehntausende Fachkräfte. In marode Sportstätten; Straßen, Brücken und Verwaltungsgebäude muss dringend investiert werden.

Doch in Zeiten hoher Staatsschulden sollen die Schatzmeister nicht mehr ausgegeben als die Kasse hergibt.

Schuldenbremse und Fiskalpakt verhindern, dass sinnvolle Investitionen auf Kredit finanziert werden können.

Die negativen Folgen sind absehbar: In wirtschaftlich schlechten Zeiten kann die Haushaltspolitik nicht mehr gegensteuern. Für Zukunftsinvestitionen ist kein Geld mehr da.

Das gilt auch für das Saarland. Schwarz-Rot will im Haushalt jedes Jahr 65 Millionen Euro kürzen. Öffentliche Dienstleistungen und 2400 Stellen sollen abgebaut werden.

Das ist aber nur der Anfang. Schon heute sind die optimistischen Wachstumsprognosen, auf deren Grundlage der Sparhaushalt erstellt wurde, überholt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die nächsten 2000 Stellen abgebaut werden sollen. Die Schuldenbremse bremst die Zukunft des Landes.

Wer diesen Raubbau als alternativlos bezeichnet, hat noch immer nicht verstanden, dass das Land kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem hat.

Deswegen ist es richtig, dass sich Verdi an den Verhandlungen über das Spardiktat nicht mehr beteiligt.

Frau Merkel behauptet, dass wir selbst an den leeren Kassen schuld sind. Schließlich hätten wir jahrzehntelang über unsere Verhältnisse gelebt.

Das ist eine dreiste Lüge. Die hohen Schulden gibt es nicht weil der Sozialstaat Fett ansetzte, sondern weil eine All-Parteienkoalition das Casino öffnete, Schröder und Merkel Steuergeschenke verteilten und Kohl die Deutsche Einheit verpfuschte.

Allein die steuerpolitische Reichtumpflege der Schröder und Merkel-Regierung raubte 450 Milliarden Euro aus den Staatskassen. Und der Super-Gau der Frankfurter Glaspaläste 2007 kostete uns weitere 400 Milliarden Euro neue Schulden. Diese Zeche bezahlen jetzt die kleinen Leute.

Die hohen Staatsschulden haben nichts mit zu hohen Ansprüchen der Beschäftigten, Arbeitslosen oder Rentner zu tun, aber sehr viel mit den Folgen neoliberaler Politik.

Die Schuldenfrage ist in Wirklichkeit eine Verteilungsfrage. Öffentliche Armut und privater Reichtum sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Das Privatvermögen ist viermal so groß wie die gesamte Staatsverschuldung.

Leere Staatskassen sind kein Naturgesetz. Wer mehr Geld für Kitas, Schulen und Krankenhäuser ausgeben will, muss den privaten Reichtum in die Pflicht nehmen.

Einen handlungsfähigen Staat gibt es nur durch mehr Steuergerechtigkeit. Umverteilen ist somit nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft.

- deswegen wollen wir einen höheren Spitzensteuersatz
- wir wollen höhere Unternehmenssteuern
- wir wollen Kapitalerträge wie Arbeitseinkommen besteuern
- wir wollen eine höhere Erbschaftsteuer

- wir wollen eine Vermögenssteuer
- wir fordern eine Vermögensabgabe.
- und wir wollen Steuerflucht bekämpfen.

Apropos Steuerflucht. Über zehn Jahre hat Ulli Hoeneß Steuern hinterzogen und uns Alle bestohlen. Frau Merkel hat anschließend erklärt, sie sei von ihrem Ex-Berater schwer enttäuscht.

Wir sind auch enttäuscht Frau Merkel. Wir sind enttäuscht, dass Sie jahrelang reisendes Geld nicht aufhalten wollten. Wenn das gelb-schwarze Steuerabkommen mit der Schweiz nicht durch Rot-Grün gestoppt worden wäre, wäre der rot-weiße Dieb straffrei davongekommen.

Wir müssen heute auch über Europa reden. Europa steckt in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Merkel, Sarkozy und Barroso haben unseren Kontinent grün und blau gespart.

Dieses Spardiktat hat den europäischen Wachstumsmotor abgewürgt. Die Arbeitslosigkeit ist explodiert. In Spanien und Griechenland hat jeder Vierte keine Arbeit. Jeder zweite Jugendliche ist arbeitslos. Das Einzige, was am Mittelmeer noch wächst sind die Schulden.

Selbst der EU-Kommissions-Chef Barosso und die IWF-Chefin Lagarde gestehen inzwischen ein, dass ihre Kürzungspolitik gescheitert ist. Nur Angela Merkel hält stur am Spardiktat fest.

Merkel nutzt die Krise für eine Schocktherapie. In den Krisenstaaten kommt der Sozialstaat unter die Räder. Rente und Arbeitslosengeld werden gekürzt. Von Madrid bis Athen wird eine zwei Klassen Medizin eingeführt. Öffentliches Eigentum wird verscherbelt.

Unter dem Deckmantel so genannter Strukturreformen werden Arbeitnehmerrechte geschliffen. Die Flächentarifverträge werden zerschlagen, Tarifautonomie und Kündigungsschutz werden ausgehebelt.

So werden unsere Schwestergewerkschaften empfindlich geschwächt. Folglich sinken die Löhne. In Griechenland um 20 Prozent und in Spanien um 10 Prozent.

Es ist richtig, dass sich unsere südeuropäischen Kolleginnen und Kollegen gegen diese Angriffe wehren. Ihre Abwehrkämpfe verdienen unsere Solidarität.

Wenn in Spanien und Griechenland die Arbeitskosten sinken, dann ist es nur eine Frage der Zeit bis der Lohndruck Wolfsburg, Stuttgart oder Saarbrücken erreicht. Nur gemeinsam können wir verhindern, dass alle Beschäftigten zu Verlierern werden.

Merkels Europa des Marktes, der Banken und Konzerne ist nicht unser Europa. Wir wollen ein soziales Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dafür brauchen wir einen europapolitischen Kurswechsel.

- Die wirtschaftlich und sozial schädliche Kürzungspolitik muss gestoppt werden.
- Südeuropa braucht Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur – einen Marshallplan.
- Wir wollen ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Geld ist genug da. Überall in Europa ist die Schuldenfrage eine Verteilungsfrage. Deswegen fordern wir eine europäische Vermögensabgabe.

- und last but not least helfen höhere deutsche Löhne unseren Nachbarn beim Absatz ihrer Waren.

Sozialen Fortschritt gibt es in Europa nur dann, wenn die Bürger und ihre Staaten endlich aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit werden. Banker und Spekulanten haben noch immer ganz Europa im Schwitzkasten.

Investmentbanker, die noch kürzlich Spareinlagen in den Geisterstädten der Costa del Sol versenkten, schreiben heute den Kassenwarten vor, wie sie haushalten sollen.

Rating-Agenturen, die vor der Krise für Schrottpapiere Bestnoten vergaben, urteilen über die Kreditwürdigkeit von Madrid und Lissabon.

Mit Steuergeld gerettete Finanzinstitute bestimmen über den Preis, zu dem sich Staaten frisches Geld leihen dürfen.

Dass sich Merkel und Kollegen der Diktatur der Finanzmärkte unterwerfen ist erbärmlich. Wer die Märkte nicht entmachtet, darf sich nicht wundern, dass er nach ihren Regeln spielen muss.

Im Gegensatz zu unserer Kanzlerin wollen wir keine marktkonforme Demokratie in Europa. Wir wollen Finanzmärkte, die den Menschen dienen. Deswegen muss die Macht der Kapitalmärkte gebrochen werden.

- Die Risiken die Banken produzieren, die zu groß zum Sterben sind, müssen eingedämmt werden.
- wir wollen, dass alle Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV geprüft und zugelassen werden.
- der Sumpf der Schattenbanken muss ausgetrocknet werden.
- der Handel mit Aktien, Anleihen und Derivaten muss besteuert werden.

Für gute Löhne, gute Arbeit, sichere Rente und eine soziales Europa brauchen wir einen Politikwechsel. Deswegen sind die Bundestagswahlen von so großer Bedeutung.

Die deutschen Gewerkschaften sind Einheitsgewerkschaften. Deswegen rufen wir nicht zur Wahl einer Partei auf. Wir sind aber nicht politisch neutral. Es ist uns nicht egal, wer und wie unser Land regiert wird. Aus diesem Grund gibt es fünf Monate vor der Wahl auch eine klare Botschaft von uns.

Merkel und Rössler machen eine Politik gegen die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Die schwarz-gelbe Regierung ist verantwortlich für Hungerlöhne, unsichere Beschäftigung, Armutsrenten und ein sozial gespaltenes Europa. Deswegen gehört sie abgewählt!

Was aber ist die Alternative zu Merkel? Die Oppositionsparteien haben in ihren Wahlprogrammen viele unserer Forderungen übernommen. Wir wären reich, würden wir die Autorenrechte einfordern. Sozialdemokraten und Grüne haben dabei fast die gesamte Agenda 2010 entsorgt. Das ist gut so.

Was uns fehlt, ist der Glaube, dass sie nach der Wahl auch das tun, was sie jetzt ankündigen. Oder um Otto Brenner zitieren:

„Reform erfordert auch den Willen, zu handeln und das notwendig Erkannte in die Tat umzusetzen.“

Die beste Garantie für eine andere Politik ist unsere eigene Stärke. Wer gute Löhne und gute Arbeit will, der muss einer Gewerkschaft beitreten und sich einmischen. Sagt das euren Verwandten, Freunden und Kollegen.

Wenn wir selbst stark sind, dann kann uns egal sein, wer unter uns regiert. Wir haben in unserer über 150 jährigen Geschichte den Kapitalismus immer wieder erfolgreich zivilisiert. Das wird uns auch in Zukunft gelingen. Wenn wir uns unterhaken, werden wir es schaffen, unsere Gesellschaft gerechter und lebenswerter zu machen.

Glück auf.